

Name: .....  
Adresse: .....  
.....

Geboren am ..... in .....  
Steuercode .....  
IBAN .....

An das  
Südtiroler Landesarchiv  
Armando-Diaz-Straße 8/B  
39100 Bozen

Datum: .....

### HONORARNOTE

Die/der Unterfertigte ersucht um Auszahlung des Honorars in der Höhe von Euro ..... gemäß  
Auftrag vom ....., für .....

Bruttobetrag: € .....

Reisespesen:

ف Zug Strecke: ..... € .....  
ف PKW Strecke: ..... km ..... € .....  
Autobahngebühren ..... Parkgebühren ..... € .....

Verpflegung: ..... € .....  
gesamt € .....

Unterschrift .....



Gelegentliche Leistung laut Art. 81, Buchstabe L) des DPR 917/1986  
Nicht mehrwertsteuerpflichtig gemäß Art. 1, 4 und 5 des D.P.R. 633/72

**Information gemäß Art. 13 und Art. 14 der Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 (General Data Protection Regulation – GDPR)**

**Rechtsinhaber für die Datenverarbeitung:** Rechtsinhaber für die Datenverarbeitung ist die Autonome Provinz Bozen, Silvius-Magnago-Platz 4, Landhaus 3a, 39100 Bozen, E-Mail:

[generaldirektion@provinz.bz.it](mailto:generaldirektion@provinz.bz.it) PEC: [generaldirektion.direzionesgenerale@pec.prov.bz.it](mailto:generaldirektion.direzionesgenerale@pec.prov.bz.it).

**Datenschutzbeauftragte (DSB):** Die Kontaktdaten der DSB der Autonomen Provinz Bozen sind folgende: E-Mail: [dsb@provinz.bz.it](mailto:dsb@provinz.bz.it); PEC: [rpd\\_dsb@pec.prov.bz.it](mailto:rpd_dsb@pec.prov.bz.it).

**Art. 13 - Besonderer Teil (direkt vom Interessierten übermittelte personenbezogene Daten) - Zweck der Verarbeitung:** Die übermittelten Daten werden vom dazu beauftragten Landespersonal, auch in elektronischer Form, für institutionelle Zwecke in Zusammenhang mit dem Verwaltungsverfahren verarbeitet, zu dessen Abwicklung sie im Sinne des GvD Nr. 50/2016, des D.P.R. Nr. 207/2010, des MD Nr. 154/2017, des GvD 42/2004, des LG Nr. 16/2015, des LG Nr. 17/1985 und des LG Nr. 17/1993 angegeben wurden. Die mit der Verarbeitung betraute Person ist der Direktor/die Direktorin der Abteilung 13. Landesdenkmalamt an seinem/ihrem Dienstsitz.

Die Mitteilung der Daten ist unerlässlich, um die beantragten Verwaltungsaufgaben erledigen zu können. Wird die Bereitstellung der Daten verweigert, können die eingegangenen Anträge und Anfragen nicht bearbeitet werden.

**Art. 14 - Besonderer Teil (personenbezogene Daten, die nicht bei der betroffenen Person erhoben wurden) - Ursprung:** Die Daten werden im Sinne des GvD Nr. 50/2016, des D.P.R. Nr. 207/2010, des MD Nr. 154/2017, des GvD 42/2004, des LG Nr. 16/2015, des LG Nr. 17/1985 und des LG Nr. 17/1993 bei der Handels-, Industrie- und Handwerkskammer, den Fürsorgeinstituten, der Agentur für Einnahmen, den meldeamtlichen Datenbanken der Gemeindeverwaltungen, Ministerien, Vorsorgeinstitute, ANAC, Agentur für Einnahmen, Staatsanwaltschaften, Gerichte, Arbeitsinspektorate und anderen öffentlichen Einrichtungen, bei denen die Daten zum Teil öffentlich zugänglich sind, erhoben. **Datenkategorien:** Es handelt sich um Identifizierungsdaten und Daten über strafrechtliche Verurteilungen und Straftaten (Gerichtsdaten). **Zweck der Verarbeitung:** Die erhobenen Daten werden vom dazu beauftragten Landespersonal, auch in elektronischer Form, für institutionelle Zwecke in Zusammenhang mit dem Verwaltungsverfahren verarbeitet, zu dessen Abwicklung sie im Sinne des GvD Nr. 50/2016, des D.P.R. Nr. 207/2010, des MD Nr. 154/2017, des GvD 42/2004, des LG Nr. 16/2015, des LG Nr. 17/1985 und des LG Nr. 17/1993 erhoben wurden.

**Mitteilung und Datenempfänger:** Die Daten können an andere öffentliche und/oder private Rechtsträger zur Erfüllung rechtlicher Verpflichtungen im Rahmen ihrer institutionellen Aufgaben weitergegeben werden, soweit dies in engem Zusammenhang mit dem eingeleiteten Verwaltungsverfahren erfolgt. Die Daten können auch weiteren Rechtsträgern mitgeteilt werden, die Dienstleistungen in Zusammenhang mit der Wartung und Verwaltung des informationstechnischen Systems der Landesverwaltung und/oder der institutionellen Website des Landes, auch durch Cloud Computing, erbringen. Der Cloud Provider Microsoft Italia Srl, der Dienstleister der Office365 Suite ist, hat sich aufgrund des bestehenden Vertrags verpflichtet, personenbezogene Daten nicht außerhalb der Europäischen Union und der Länder des Europäischen Wirtschaftsraums (Norwegen, Island, Liechtenstein) zu übermitteln, ohne die vom Abschnitt V der Datenschutz-Grundverordnung 2016/679 geeigneten vorgesehenen Garantien.

Die genannten Rechtsträger handeln entweder als externe Auftragsverarbeiter oder in vollständiger Autonomie als unabhängige Rechtsinhaber.

**Datenübermittlung:** Es werden keine zusätzlichen personenbezogene Daten an Drittländer übermittelt.

**Verbreitung:** Ist die Verbreitung der Daten unerlässlich, um bestimmte von der geltenden Rechtsordnung vorgesehene Veröffentlichungspflichten zu erfüllen, bleiben die von gesetzlichen Bestimmungen vorgesehenen Garantien zum Schutz der personenbezogenen Daten der betroffenen Person unberührt.

**Dauer:** Die Daten werden so lange gespeichert, als sie zur Erfüllung der in den Bereichen Abgaben, Buchhaltung und Verwaltung geltenden rechtlichen Verpflichtungen benötigt werden.

**Automatisierte Entscheidungsfindung:** Die Verarbeitung der Daten stützt sich nicht auf eine automatisierte Entscheidungsfindung.

**Rechte der betroffenen Person:** Gemäß den geltenden Bestimmungen erhält die betroffene Person auf Antrag jederzeit Zugang zu den sie betreffenden Daten und es steht ihr das Recht auf Berichtigung oder Vervollständigung unrichtiger bzw. unvollständiger Daten zu; sofern die gesetzlichen Voraussetzungen gegeben sind, kann sie sich der Verarbeitung widersetzen oder die Löschung der Daten oder die Einschränkung der Verarbeitung verlangen. Im letztgenannten Fall dürfen die personenbezogenen Daten, die Gegenstand der Einschränkung der Verarbeitung sind, von ihrer Speicherung abgesehen, nur mit Einwilligung der betroffenen Person, zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen des Verantwortlichen, zum Schutz der Rechte Dritter oder aus Gründen eines erheblichen öffentlichen Interesses verarbeitet werden.

Das entsprechende Antragsformular steht auf der Webseite <http://www.provinz.bz.it/de/transparenzverwaltung/zusaetzliche-infos.asp> zur Verfügung.

**Rechtsmittelbelehrung:** Erhält die betroffene Person auf ihren Antrag nicht innerhalb von 30 Tagen nach Eingang – diese Frist kann um weitere 60 Tage verlängert werden, wenn dies aufgrund der Komplexität oder der hohen Anzahl von Anträgen erforderlich ist – eine Rückmeldung, kann sie Beschwerde bei der Datenschutzbehörde oder Rekurs bei Gericht einlegen.

Alle Änderungen oder Aktualisierungen dieser Information werden laufend auf der institutionellen Website des Landes <http://www.provinz.bz.it/de/transparente-verwaltung/zusaetzliche-infos.asp> oder des Landesarchivs <http://www.provinz.bz.it/kunst-kultur/landesarchiv/default.asp> zur Verfügung stehen.

Die betroffene Person erklärt mit Unterzeichnung des vorliegenden Formulars, die obengenannte Information über die Verarbeitung der personenbezogenen Daten Einsicht genommen zu haben.

Gelesen, bestätigt und unterzeichnet.....

Bitte senden Sie uns dieses Dokument, versehen mit Ihrer Unterschrift unter die Information gemäß Art. 13 und Art. 14 der Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 (General Data Protection Regulation – GDPR), wieder zurück.